

GEMEINDERAT GRABENSTÄTT

Grünes Licht für Carsharing-Projekt

Neben dem vom Amt für Ländliche Entwicklung geförderten Projekt „landmobile“ hat sich ein sogenanntes „Interreg-Förderprogramm“ entwickelt, das Kommunen Projekte wie das „Carsharing“ anbietet. In der jüngsten Gemeinderatssitzung in Grabenstätt stand die neue Umweltbeauftragte des Abwasser- und Umweltverbandes Chiemsee (AZV), Alexandra Nawroth, den Räten Rede und Antwort.

VON MARKUS MÜLLER

Grabenstätt – Wie Bürgermeister Georg Schützinger anmerkte, könnten die Gemeinden hier aus drei Modulen wählen. Das erste Modul (rund Bruttokosten 8800 Euro)

enthaltete die Bewusstseinsbildung zur Elektromobilität, das zweite Modul (rund 32 000 Euro Bruttokosten) umfasse das erste Modul inklusive der E-Fahrzeug-Leasinggebühr für drei Jahre einschließlich der Wartungs- und Pflegekosten für das Fahrzeug und das dritte Modul (rund Bruttokosten 43 000 Euro) enthalte das erste und zweite Modul und zusätzlich eine Ladesäule.

Sämtliche Kosten seien vorzufinanzieren, so Schützinger. Die Förderhöhe betrage 75 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten, betonte er und verwies darauf, dass bei der Annahme aller Module der gemeindliche Eigenanteil bei zirka 11 000 Euro liege.

Eine Förderung aus EU-Mitteln setze allerdings eine länderübergreifende Zusammenarbeit voraus. Nawroth erinnerte hier an die drei Protagonisten „Amt für ländliche Entwicklung Oberbayern“, „Stadtwerke Wörgl in Tirol“ und die „Initiative mo-

bilStrom Chiemgau“, „die ich an einen Tisch gebracht habe“.

„Uns ist wichtig, dass dabei so wenig Arbeit wie möglich für die Gemeinden entsteht und das Ganze möglichst ohne deren Personal erfolgt“, betonte die neue AZV-Umweltbeauftragte. Die Gemeinden sollten auf gar keinen Fall in so einem Umfang beschäftigt werden, wie beim zweiwöchigen „landmobile“-Projekt.

Fahrzeug-Einweisung durch engagierte ältere Bürger

Die Fahrzeug-Einweisung könnten zum Beispiel kontaktfreudige, engagierte ältere Gemeindeglieder übernehmen, so Nawroth. Die Fahrzeug-Buchung erfolge über eine Online-Plattform und mittels Handy-App.

Auf der Buchungsplattform könne ein neuer Kunde dann bewerten, wie sauber ihm

das Auto vom Vorgänger hinterlassen wurde. Alle zwei Wochen sei eine Reinigung und Inspektion in einer Werkstatt vorgesehen, ohne Belastung für die jeweilige Gemeinde.

Auf die Frage von Andreas Danzer (FW), wie es mit „Erfahrungen in der Praxis“ aussehe, erinnerte Nawroth an „zehn Jahre Car-Sharing Amerang“. „Das Projekt ist am Aufsteigen und immer mehr Familien würden ihr zweites Auto abschaffen“, meinte sie.

Auch die Bewertung durch den Vorgänger funktioniere. Gerade Stammkunden würden sehr pfleglich mit dem E-Fahrzeug umgehen. „Je mehr Gemeinden mitmachen, desto günstigere Konditionen könnten ausgehandelt werden“, beantwortete Nawroth eine Frage zum Eigenanteil der Kommunen. Nach drei Jahren könnte die Gemeinde problemlos aus dem Projekt aussteigen, betonte sie und versprach so gleich: „Wenn es Probleme

gibt, werden wir gemeinsam nach Lösungen suchen.“

Derzeit werde Europas größtes Ladenetz aufgebaut, und zukünftig sollen viele Projekte miteinander verflochten und angeboten werden, so Nawroth.

Obwohl Bürgermeister Schützinger von einem „gewissen Wagnis“ sprach, machte er auch deutlich, dass es jetzt eine „gute Möglichkeit“ gebe, auch weil das Ganze „großzügig gefördert“ werde.

Gemeindeanteil in Haushaltsplanung für 2017 aufnehmen

„Das wäre jetzt der nächste Schritt, wir sollten den Schwung mitnehmen und möglichst viele Leute für das Projekt gewinnen“, appellierte der Elektromobilitätsbeauftragte und Zweite Bürgermeister Robert Muggenhamer (Bürgergruppe).

Anschließend beschlossen

die Räte einstimmig, am Carsharing-Interreg-Projekt (Modul 1-3) teilzunehmen. Die Zustimmung gilt aber vorbehaltlich der Annahme, dass das Projekt keine weiteren personellen Ressourcen in der Gemeindeverwaltung in Anspruch nimmt.

Der voraussichtliche gemeindliche Eigenanteil in Höhe von 11 000 Euro soll in die Haushaltsplanung 2017 aufgenommen werden. Ab 1. Januar 2017 läuft das Projekt offiziell an. Auch wenn die Förderung nach drei Jahren endet, soll das Carsharing-Angebot weitergeführt werden.

Klarzustellen sei, so Schützinger, dass ein solches Carsharing-E-Fahrzeug für die Bürger nicht gleichzeitig ein Dienstfahrzeug für die Gemeindeverwaltung sein könne. Um mit gutem Vorbild voranzugehen, spiele die Gemeinde aber mit dem Gedanken, das aktuelle Dienstfahrzeug zu gegebener Zeit durch ein E-Fahrzeug zu ersetzen.